

Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Fernsprecher Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend Nachmittag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 9.90 RM, frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der heitere Alltag“, „Praktisches Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbücher“. Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadensersatz geleistet.



Telegr. Nr.: Zeitung.

Anzeigen werden die sechsgesetzte Form hohe Netto über deren Raum mit 15 Pg. berechnet; auswärts 20 Pg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 10 Pg. Verbindlichkeit für Wz., Datumschrift und Belieferung ausgeschlossen. Annahmebeihilfe für Offerten und Auskunft beträgt 1.5 Pg. Zeitungsbücher werden billiger berechnet. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 9

Donnerstag, den 19. Januar 1933

26. Jahrgang.

Vollstreckungsschutz bis 31. Oktober

Schutzbestimmungen auch für Winzer – Gegenwärtig etwa 70000 Betriebe im Sicherungsverfahren

Japans Kolonialmandate

Was wird mit den früheren deutschen Kolonien in der Südsee, wenn Japan den Völkerbund verlässt?

Berlin, 19. Januar.

Aus dem Fernen Osten kommen neue Alarmmeldungen. Die Chinesen wollen angeblich die Eroberung der Stadt Schanghai durch die Japaner mit der Einleitung einer großen Gegenoffensive beantworten, die als Ziel den wichtigen Zentrum Pukien hat, andererseits drohen die Japaner mit einem Vormarsch auf Peking, wenn die chinesische Mobilisierung noch weiter andauern sollte. Gleichzeitig wird aus Genf gemeldet, daß die diplomatischen Verhandlungen zur Beilegung des Ostasiengeflüsts heute aussichtsloser sind als je zuvor. Der Neunzehner-Ausschuß des Völkerbundes hatte zwar nach monatelangen Beratungen noch einen Vermittlungsvorschlag ausgearbeitet, der den japanischen Wünschen ziemlich entgegenkam, der von China aber aufs scharfe abgelehnt wird.

Der Protest Chinas fällt um so schwerer ins Gewicht, als neuerdings die Vereinigten Staaten den europäischen Großmächten offiziell mitgeteilt haben, daß sie niemals vollendete Tathaken im der Mandchurie, soweit ein Verstoß gegen den Kellogg-Baum oder den Neun-Mächte-Vertrag zu handelgekommen ist, anerkennen würden. Die amerikanischen Botschafter in Paris und London sollen erklärt haben, daß man sich nach Ansicht der amerikanischen Regierung lange genug mit den Schlichtungsverhandlungen aufgehalten habe und daß die interessierten Mächte energischer austraten müssten. Unter dem Eindruck dieser Vorstellungen hat sich England, das als Schuldnerland das begreifliche Interesse hat, nicht mit dem amerikanischen Gläubiger in Meinungsverschiedenheiten zu geraten, in seiner Haltung gegenüber Japan merklich gewandelt, so daß mit einer friedlichen Beilegung des Ostasiengeflüsts in Genf kaum noch zu rechnen ist. In diesem Falle rechnet man in Genfer Kreisen mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund und beschäftigt sich bereits mit den internationalen Auswirkungen, die ein solches Schrift nach sich ziehen würden.

In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der japanischen Mandatsgebiete auferollt, und damit gemeinsam der fernöstliche Konflikt auch für Deutschland eine besondere Bedeutung. Auf Grund seiner Zugehörigkeit zum Völkerbund hat Japan die Mandatsverwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien in der Südsee erhalten. Das Auscheiden Japans aus dem Völkerbund würde, wie der Außenpolitischer des Pariser „Journal“ sehr richtig feststellt, auch die Aufgabe der von Japan im Namen des Völkerbundes verwalteten Mandate mit sich bringen. Diese Mandate berühren die ehemaligen deutschen Kolonien Kamerun und Marokko, die von den Amerikanern als gefährliche strategische Positionen angesehen werden. Wie natürlich, meint „Journal“ weiter, werde nun in den Vereinigten Staaten eine lebhafte Kampagne gegen Japan beginnen, die beabsichtigt werde, Flottenstützpunkte zu organisieren, die besonders die amerikanische Position von Hawaii bedrohen würden, namentlich nachdem sich der amerikanische Kongress vor dem Amt des Präsidenten für die Unabhängigkeit der Philippinen ausgesprochen habe. Brauche man zu fragen, warum die Engländer sich gegenüber den Wünschen der Amerikaner so willfährig zeigten? Die Schulden, lebt, wenn man sie bezahle, blieben ein gewölktes Drud-

Dah ausgerechnet ein französisches Blatt als ersten die Mandatsfrage angeschnitten hat, verdient besondere Beachtung. Ob man aus dieser Tatsache den Schluss ziehen darf, daß man auch auf französischer Seite die gegenwärtige Regelung der Mandatsfrage nicht als der Weisheit legen Schlüß betrachtet, möchten wir dahingestellt sein lassen. Jedenfalls haben wir Deutsche alle Verantwortung, immer wieder auf das große Unrecht hinzuweisen, das uns durch den Raub der Kolonien zugefügt worden ist, und die Rückgabe dieser Gebiete an Deutschland zu fordern. Genau so wie wir in der Abrüstungsfrage auf Gleichberechtigung dringen, müssen wir auch in der Kolonialfrage unter Recht auf volle Gleichberechtigung geltend machen. Die Rechtslage für Deutschland ist nach jeder Richtung hin gesichert. Niemand kann uns hindern, dem Völkerbund die Uebertragung von Mandaten früherer deutscher Kolonien zu verlangen!

Dieser Anspruch kann die Reichsregierung im so ehrgeizigen, als führende ausländische Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker ihn anerkannt und uns im Zusammenhang mit der Wirtschaftsliste ihrerseits selbst auf seine Befriedigung hingewiesen haben. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Wiedergewinnung kolonialen Besitzes für Deutschland eine wesentliche wirtschaftliche Erleichterung im Befolge haben würde. Die wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien auf Rohstoffbasis und Siedlungsland kann kaum überschätzt werden. Schon 1913 belief sich die Einfuhr der ehemaligen deutschen Kolonien auf 160 Millionen, die Ausfuhr hingegen auf 170 Millionen Mark. Für das Jahr 1914

rechnete man nach den Ergebnissen des ersten Halbjahrs bereits mit einer Handelsbilanz von mehr als einer halben Milliarde Mark. An wichtigen Pflanzungen waren im Jahre 1913 vorhanden etwa 40 000 Hektar Kautschuk, 42 000 Hektar Kokospalmen, 13 200 Hektar Kaffee, 13 000 Hektar Baumwolle, 5000 Hektar Delpalmen, 4800 Hektar Kaffee, 2200 Hektar Banane usw. Der Viehbestand belief sich auf rund 554 000 Schafe, 516 000 Ziegen und 206 000 Stück Rindvieh. Das war im Jahre 1913. Wenn man bedenkt, daß diese Zahlen durch eine fortwährende Erweiterung der Kolonien noch erheblich erhöht, vielleicht sogar verdreifacht werden könnten, so ist die außerordentliche wirtschaftliche Bedeutung kolonialen Besitzes für das Mutterland ohne weiteres unleugend.

Hinzu kommt, daß die Kolonialabschüttung, mit der man seinerzeit in Verhältnis den Raub des deutschen Kolonialbesitzes in so heuchlerischer Weise „begründet“ hat, heute reiflos ausgeräumt ist, nadem die Regierung der Südostasiatischen Union, die im Jahre 1915 das berühmte Blaubuch herausbrachte, selbst erklärte mußte, daß dieses Blaubuch nur ein Kriegspropagandamittel gewesen ist, dessen Inhalt den Tatbestand nicht entspricht. Damit hat auch der Artikel 119 des Vertrages seine Grundlage verloren, und der Weg für die Vertretung des deutschen Rechts ist frei.

Sie ergibt sich aus der rechtswidrigen Begnahnahme der deutschen Kolonien durch das Vertrags-Diktat die Fortsetzung auf Rückgängigmachung des Kolonialrausches unter dem Gesichtspunkt des Rechts, der Ehre und der Moral. Dabei stehen im Vordergrund die Raumnot des deutschen Volkes und die Verborgung Deutschlands mit kolonialen Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Auch in der Kolonialfrage handelt es sich um die Wiedererlangung der vollen Gleichberechtigung unseres Vaterlandes, und eine Wiederbeteiligung Deutschlands an der Erziehung unentwölkter überseitlicher Länder und der Entwicklung ihrer eingeborenen Völker liegt auch im Interesse der anderen Nationen. Es gilt jetzt, den Anlaß wahrzunehmen, der uns diesem Ziele näherführt.

Vollstreckungsschutz-Verordnung

Erläuterung der neuen Bestimmungen durch den Reichsjustizminister.

Berlin, 19. Januar.

Die vom Reichskabinett verabschiedete und vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnete Verordnung über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz ist nunmehr veröffentlicht worden. Über den Inhalt der neuen Verordnung unterrichtete eine Mitteilung, die zugleich eine Übersicht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes enthält. Darin heißt es:

Durch die Verordnungen vom 8. Dezember 1931 mit den Änderungen vom 14. Juni und vom 27. September 1932 wurde für das gesamte Reichsgebiet zweimal eine Vollstreckungseinrichtung für je sechs Monate gewährt.

Die neue Verordnung sieht jetzt die Möglichkeit einer dritten Einstellung vor. Die zweite und dritte Einstellung sollen aber ausgeschlossen sein, wenn der Schuldner bei Stellung des Antrages mit widerkehrenden Leistungen in Höhe eines vollen Jahresbetrages im Rückstand ist.

Landwirtschaftlichen Betrieben wird, im wesentlichen mit Rücksicht darauf, daß der Teil der Wirtschaftsperiode, in der der Schuldner erst wieder in der Lage ist, größere Erträge zu erzielen, der kommende Herbst ist, ein erweiterter Vollstreckungsschutz gewährt.

Ausdehnung der Einstellungsduer auf mehr als sechs Monate bis längstens 31. Oktober 1933; Unzulässigkeit der erneuten Einstellung erst bei Rückständen in Höhe von 1% Jahresraten. Ferner ist der Mobilienvollstreckungsschutz für landwirtschaftliche Betriebe, der bisher bis zur Ernte 1932 bestanden hatte, jetzt wieder für die Ernte bis zum Jahre 1933 eingeführt. Dieser Vollstreckungsschutz umfaßt das bewegliche Vermögen, das Zubehör und die noch im Besitz des Schuldners befindlichen Erzeugnisse des Grundstücks. Voraussetzung für den Schutz ist, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen werden würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung des Betriebes bis zur Ernte benötigt.

Der Schutz kann von der Unterstellung unter eine Aufsicht abhängig gemacht werden. Insbesondere kommt der Schutz dem Bäuerer zugute.

In einer Sonderverordnung ist jetzt dieser Schutz auf Wein ausgedehnt, der ausschließlich aus Trauben hergestellt ist, die im Betriebe des Schuldners gewonnen sind.

Um Anlaß zu an die Veröffentlichung der neuen Verordnung empfing

Reichsjustizminister Görtner

Vertreter der Presse. Der Minister führte u. a. aus, durch

alle Spezialbestimmungen hindurch ziehe sich die Erkenntnis, daß es sich um eine vorsichtige, mit den Interessen sowohl des Gläubigers wie des Schuldners gerade noch verträgliche Schadenswertstellung handele. Die neue Notverordnung habe in ihrem Vorbereitungstadium allerlei Aufregungen verursacht. Von den Interessenten seien Wünsche vorgebracht worden, die keine Rechtsordnung befriedigen könnten. Es seien aber auch von Seiten der Betroffenen Befürchtungen geäußert worden, die sich als grundlos erweisen würden.

Es handele sich bei den neuen Vorschriften zunächst um eine Fristverlängerung, die für die Landwirtschaft unentbehrlich sei.

Die Verordnung enthält sodann eine Erweiterung des Begriffes der Notstandsguppe. Weiterhören, Biehöden und Preisursturz seien die drei Krisen, die man heute nicht voll auf die Schulter des Schuldners legen könne, sondern auf den Gläubiger in Form einer Stillehaltung mit abwälzen müsse. Diese Bestimmung beziehe sich nicht mehr ausschließlich auf die nur dieherzeugende Landwirtschaft, sondern auch auf die Gemüthwirtschaft. Der Minister erwähnte dann noch die Bestimmungen über den Mobilienvollstreckungsschutz und die neu aufgenommenen Schutzbestimmungen für die Winzer.

Zum Schlus erklärte der Minister zusammenfassend, die neue Notverordnung halte daran fest, daß die Wirkungen des Sicherungsverfahrens in der Ostschle nicht erweitert werden, sondern daß nach abgeschlossenen Sicherungsverfahren auch jeder Zwangsvollstreckungsschutz aufhöre.

Gegenwärtig unterliegen dem Sicherungsverfahren, wie der Minister noch mitteilte, etwa 60 000 bis 70 000 Betriebe.

Deutschlands Wirtschaftslage

Minister Warmbold vor dem Auschuß. — Der Empfang der Landesfürscher. — Zwang zur Ausfuhr.

Berlin, 19. Januar.

Reichswirtschaftsminister Prof. Warmbold äußerte sich im Haushaltsausschuß des Reichstags über die deutsche Wirtschaftslage. Zunächst kam der Minister auf den Empfang der Landesfürscher beim Reichspräsidenten zu sprechen. Bei diesem Empfang, so führte er aus, habe eine Ausprache über die Klageln oder Wünsche des Landesbundes stattgefunden, und auf Grund dieser Ausprache hätten diese Dinge innerhalb der Reichsregierung beraten werden sollen. Der Reichspräsident habe ausdrücklich betont, daß er keiner einzelnen Gruppe dienstbar sein könne, sondern nur für das Ganze sei.

Unter den gegebenen Umständen bleibe nichts anderes übrig, als weiterhin zu versuchen, Anstrengungen vom Ausland zu bekommen, um die Beschäftigungsmöglichkeit im Inland zu ergänzen. Die Fähigkeit der Landwirtschaft, Arbeitslose aufzunehmen, sei außerordentlich gering geworden und werde auch dann nicht nennenswert zunehmen, wenn Großbetriebe in Mittel- und Kleinbetriebe umgewandelt würden. Welche Beschäftigungsmöglichkeiten gebe es aber noch in Deutschland, wenn wir uns aus der Weltwirtschaft aufzuziegen? Deutschland könne sich bald mit den wichtigsten Nahrungsmitteln selbst versorgen, es könne aber nicht die Rohstoffe schaffen, auf die die Wirtschaft angewiesen sei. Dazu brauchten wir Beiträge in Höhe von mehreren Milliarden, die wir nur bezahlen könnten, wenn wir entsprechende Werte der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt verkaufen.

Der Umstand allein, daß viele Rohstoffe brauchten, zwinge uns, mit der Weltwirtschaft in Verbindung zu bleiben. Man müsse die Folgerung daraus ziehen und unbedingt des Nutzens unserer eigenen Nahrungsmittelerzeugung, den er an die erste Stelle setze, den Warenaustausch mit dem Ausland als notwendige Ergänzung betrachten.

Auf Anfragen teilte Minister Warmbold weiter mit, daß der Bankenkommissar seine Richtlinien von einem Kuratorium erhalten, das sich aus dem Reichsbankpräsidenten, den Staatssekretären des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums und dem Reichsbankzölpresidenten zusammensezt. Das Kuratorium sei verpflichtet, Zweifelsfragen dem Reichskabinett zur Entscheidung vorzulegen. Die Tätigkeit des Bankenkommissars habe in wesentlichen darin bestanden, Sollzinsen herabzulegen und die Spanne zwischen Haben- und Sollzinsen zu vermindern. Eine besondere Regelung bei Herabsetzung der Sollzinsen sei bei den Sparzinsen eingeflossen, getroffen worden, um den Sparzinsen aufrecht zu erhalten.

Die Bankensanierung habe zu einer gewissen Beruhigung geführt, aber zu einer endgültigen Vereinigung des ganzen Bankenweises werde man erst kommen, wenn der Deflationsprozeß beendet sei und wenn nach der notwendigen Sanierung die gesamte Wirtschaft eine ausreichende Liquidität aufweise.

Der Frage der Regionalbanken sei die grundsätzliche hohe Bedeutung nicht abzusprechen. Man müsse damit aber warten, bis die natürlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben seien. Am Augenblick lasse sich diese Frage aber, ohne neue Mittel in Höhe von 300 bis 500 Millionen Mark nicht lösen.

Die Auslandschulden

Zum Schluss äußerte sich der Minister über die Auslandsverbindungen dahin, daß es praktisch völlig unmöglich sei, neue Auslandschulden aufzunehmen, so lange die alten noch nicht kondensiert seien und auf dem Devisengebiet größere Freiheit bestelle. 1933 könne man Kapitalbeiträge, wie es 1932 in gewissem Umfang noch geleistet sei, nicht mehr transferieren. Es könne nur die Transferierung von Juros und Amortisationsbeträgen in Frage kommen, und diese führe man selbstverständlich auch gegenüber 1932 noch zu verkleinern.

Die Verschuldung der Landwirtschaft

Nach einer längeren grundsätzlichen Aussprache über die Auslastungen des Reichswirtschaftsministers teilte der Minister noch mit, daß die Gesamtverschuldung der Landwirtschaft vor dem Kriege 17,5 Milliarden betragen habe bei einer Jinslast von 750 Millionen oder 4,2 v. H. im Jahre 1913.

Jetzt betrage die Gesamtverschuldung etwa 11,4 Milliarden, der Zinsdienst nach dem Stande von Ende 1932 600 bis 620 Millionen, so daß der Durchschnittsatz für Zinsen sich heute auf 5,2 v. H. belaute, also um 1 v. H. über dem Vorkriegsstand liege. Steuerliche Erleichterungen für die Landwirtschaft seien besonders wichtig, hingen aber zusammen mit der Reform des Steuerwesens überhaupt, die man nicht in einer Zeit der tiefsten Krise und bei leeren Kassen vornehmen könne.

Ausfuhrüberschuß halbiert

Berlin, 19. Januar.

Die Einfuhr im Dezember beträgt 423 Millionen Reichsmark und ist gegenüber dem November um 29 Millionen Reichsmark gestiegen. Die Ausfuhr hat mit 491 Millionen Reichsmark gegenüber November um 16 Millionen zugenommen. Die Handelsbilanz läßt damit im Dezember mit einem Ausfuhrüberschuß von 68 Millionen Reichsmark, gegenüber 82 Millionen Reichsmark im November.

Für das Jahr 1932 sieht die Handelsbilanz mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 1073 Millionen Reichsmark ab, gegenüber einem Ausfuhrüberschuß von 2872 Millionen Reichsmark im Jahre 1931.

Die in diese Zahlen einbezogenen Reparationsabflüsse betragen 393 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 und 62 Millionen Reichsmark im Jahre 1932. Die Gesamt-einfuhr im Jahre 1932 beschränkt sich auf 4,7 Milliarden Reichsmark; ihr Rückgang gegenüber den Vorjahren beträgt mit 2,0 Milliarden Reichsmark. Die Gesamtausfuhr im Jahre 1932 beläuft sich auf 5,7 Milliarden Reichsmark und bleibt damit hinter denjenigen des Jahres 1931 um fast 3,9 Milliarden Reichsmark zurück.

Fürsorge für Kleinrentner

Preußischer Runderlaß. — Beseitigung von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge.

Berlin, 19. Januar.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Innensenministerium hat in einem Runderlaß die Beseitigung einer Reihe von Mißständen in der Kleinrentnerfürsorge angeordnet. Die Fürsorgeverbände werden darauf hingewiesen, die größere Bewegungsfreiheit, die ihnen in der Frage der Anrechnung von Vorzugsrenten und Aufwertungseinkommen durch die Verordnung vom 8. Dezember 1931 zugestanden wurde, nicht idealisch zu ungenügt der Kleinrentner zu gebrauchen. Bei der Durchführung des Erfahrungsprüfs und der Forderung auf Sicherstellung für Fürsorgefamilien soll geprüft werden, ob der finanzielle Erfolg die Beunruhigung und Verbitterung rechtfertigt, die dadurch in den Kreisen der Kleinrentner entsteht.

Könnten auch die Kleinrentner prinzipiell nicht von der Erfahrungspflicht ausgenommen werden, so sei es andererseits nicht gerechtfertigt, wenn Fürsorgeverbände form-

WOLFGANG MARKEN:

KARL der Kleine

WIRHEBER-RECHTSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(87. Fortsetzung.)

„Na, is denn da noch ein Grund vorhanden, der uns die Lieferung Jesperi wird die wir jahrelang zur Zufriedenheit uns Danze durchgeführt haben?“
„Dazu besteht auch wirklich kein Anlaß.“
„Bölln' Sie sich man drückt kümmer, Herr Minister?“
„Das tu' ich gerne, Herr Böll!“
„Denn bin ich berühmt! Mir für unjut wejen die Störung abo nem! Sie's wie eine Erholung in Ihr's schweren Berufe. Uff Wiedalehn, Herr Minister!“
„Wiedersehen, Herr Böll! War mir die Bergnügen!“
Er geetete den letzten Bittsteller perlönlich hinaus. Als der Minister wieder allein ist, lädt er herzlich Samoier oder Herr, denkt er. Dann ruft er seinen Adjutanten, Herrn von Bottenheim, und beauftragt ihn, die Berliner Kästen der Reichswehr zu besuchen und ihm Wurstproben mitzubringen.

Minister Gerards will mit Bölls Wurst vergleichen.

* * *

In Bölls Villa herrscht eitel Freude, daß sich nun alles so einfach aufgelöst hat, und die Strafverfolgung Karls aufgehoben ist. Großmama weint Freudentränen, Frau Grete lädt wieder.

In den Jubel plazi Großes Töchterchen Luisa, der lecke Bäckchen hinein. Lebhaft heißt man sie willkommen.

„Aber Kind, wo kommst du denn so plötzlich her? Ich dene, du steckst in der Pension in Godesberg?“ ruft Frau Grete.

„Ich bin getürmt, Mama!“ erklärt Luisa mit blühenden Augen. „Ich hab's nicht mehr ausgehalten. Das ist eine eingebildete Gesellschaft! Seit der Sache mit Karl schneiden mich alle, und die Vorsteherin behandelt mich so von oben

Schuldenkenntnis als Voraussetzung der Fülleregegawung forderten. Noch weniger sei es haftbar nachträglich, und womöglich kurzfristig, Sicherstellung für Fürsorgefamilien zu verlangen und damit die Kleinrentner zur Verpfändung leichter Vermögensrechte zu zwingen. Da das Vermögen der Kleinrentner vielfach sehr gering sei, sollte es von der Herangeziehung zur Sicherstellung ausgeschlossen sein. Die sinngemäße Anwendung der fürsorgerechtlichen Bestimmungen über Verbrauch und Bewertung kleinerer Vermögen verpflichtet zur fortwährenden Prüfung im Einzelfall, was als kleineres Vermögen anzusehen sei.

Es sei zum Beispiel durchaus gerechtfertigt, Grundbesitz von geringem Wert und nur noch geringer Belastungsfähigkeit freizulassen, damit der Höflichkeit der zuverlässigen Verwertung der ihm verbliebenen Vermögensbestände für befreite Bedürftige imstande sei.

Die Reform der Arbeitslosenhilfe

Bedenken des Sozialpolitischen Ausschusses gegen die Vereinheitlichung.

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde ein gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, des Christlich-Sozialen und der Nationalsozialisten angenommen, wonach bei den Maßnahmen zur Sicherstellung einer geordneten Arbeitslosenhilfe unter allen Umständen der grundsätzliche Charakter einer selbständigen Arbeitslosenver sicherung sowie auch eine organische Verbindung der Arbeitslosenhilfe mit der Arbeitsvermittlung aufrechterhalten werden soll.

Bei der Abstimmung enthielten sich die Deutschen Nationalen der Stimme, weil sie ihre Entscheidung nicht treffen wollten, ohne die genauen Ansichten der Regierung zu kennen.

Stürmische Landtags-Eröffnung

Am Freitag Vertragung auf Februar. — Etats-Einbringung erst nach Fertigstellung des Reichshaushalts.

Berlin, 18. Januar.

Der Preußische Landtag versammelte sich zu seiner ersten Plenarsitzung im neuen Jahre. Bauraum ging der Plenarsitzung eine Tagung des Arbeitersterrats. Am Arbeitersterrat wurde beschlossen, am Mittwoch eine Aussprache über Schulfragen zu beginnen, von der voraussichtlich auch noch die Donnerstagssitzung ausgefüllt sein wird. Am Donnerstag wird der Arbeitersterrat noch einmal zusammenkommen, um die Tagesordnung für die Freitagssitzung zu bestimmen. Am Freitag wird sich der Landtag dann bis zum 15. Februar vertragen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß der preußische Staatshaushalt auch zur Februartragung des Landtags noch nicht vorliegen wird. In unterrichteten Kreisen wird nämlich die Auffassung vertreten, daß der preußische Haushalt wegen der Steuerüberweisungen vom Reich, deren Höhe bis jetzt auch nicht annehmen bekannt sein soll, vom Reichshaushalt abhängig ist und folglich erst nach dessen Fertigstellung seine endgültige Fassung erhalten könnte.

In Erledigung der Tagesordnung beschäftigte sich das Haus zunächst mit einem kommunistischen Antrag auf Einziehung eines Unterflugsausschusses zur Prüfung der Zustände in den Fürsorgeeinrichtungen. Die Abstimmung wurde zurückgestellt.

Um weiteren Verlauf der Sitzung kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Abg. Franzen-Rhendi (Kom.) rief den Nationalsozialisten zu: „Ein feigeres Gesindel als ihr seid, gibt es ja nicht mehr!“ Auf diesen Zuruf stürmten zahlreiche nationalsozialistische Abgeordnete aus der Rednertribüne.

Ein nationalsozialistischer Abgeordneter, der lästig genug den Redner vorging, wurde im leichten Augenblick vom Fraktionsführer Kubo zurückgerissen. Inzwischen hatten sich zahlreiche Kommunisten auf der anderen Seite des Rednerpultes aufgestellt, in deren Reihen der Abgeordnete Franzen-Rhendi Zuflucht fand. Besonnenen Abgeordneten gelang es, Tätschelten zu verhindern. Als hieraus die Nationalsozialisten das hörst-Wessel-Lied sangen, unterbrach Präsident Körrel die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung werden der Abgeordnete Franzen-Rhendi (Kom.) wegen des beklagenden Zurufes und der Abgeordnete Blei (Na. Soz.) wegen Bedrohung des Redners von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen.

herab. Das wollte ich mir nicht länger bieten lassen. Ich bin gestern aufgetaut, habe den albernen Gänzen gründlich Belscheid gesagt und bin abgedampft!“

„Der hörst reich gemacht, Quisen!“ sagt Großmama zustimmend. „Wo Karlenschen Unschuld jetzt so klar geworden ist.“

„Davoll, Oma, das habe ich Ihnen gestern unter die Nase gerieben! Das hat mir Spaß gemacht. Wie belämmert standen Sie da! Aber Mutchen, mach nicht so ein Gesicht! Weißt du, den ganzen Zint du drin, den brauche ich ja ohnehin nicht! Ich will endlich mal was Praktisches lernen!“

Frau Grete lächelt und streicht ihrem Kind über das Haar.

„Wie hast du dir denn das gedacht, Mädel? Willst du dich im Haushalt nützlich machen?“

„Auch das, Mama! Aber... weißt du, du hast mir doch einmal erzählt, wie du Opa im Büro geholfen hast. Erinnerst du dich noch?“

„Ja! Ich lat es meinem Papa zulieben!“

„Kann ich das nicht auch, Mama? Ich habe so schrecklich Lust dazu! Als ich noch ein kleines Mädel war, da wollte ich unbedingt Verkäuferin werden. Das ging ja nun nicht. Aber ich kann doch im Büro was helfen!“

„Kind, du bist noch so jung, kaum sechzehn Jahre, da darfst du noch ein wenig deine Jugend genießen!“

„Oh, das werde ich auch weiter! Ich will mich ja auch nicht totarbeiten, nur nützlich machen.“

„Schön, mein Mädel, also in die Pension magst du nicht mehr zurück?“

„Unter keinen Umständen.“

„Gut, dann will ich mit Papa reden!“

Im Betrieb Böll ist alles in bester Stimmung. Man hat erfahren, daß der Haftbefehl für Karl aufgehoben und der Junge rehabilitiert ist.

„Jetzt werden wir ihn auch bald wiederhaben! ist aller Meinung.

Die Mannschaft hat für Karl einen guten Erfolg bekommen, mit dem es ihr gelungen ist, die Spieße ohne Punktverlust siegreich zu behaupten. Allgemein hält man jetzt die Böller-Mannschaft als die aussichtsreichste für die Berliner Meisterschaft.

Das Haus fuhr dann mit der Erledigung der Tagesordnung fort und vertagte sich schließlich auf Mittwoch.

Reichsgründungsfeier im Landtag

Gedenkrede des Präsidenten Körrel. — Ein Flaggenspiel.

Berlin, 19. Januar.

Präsident Körrel eröffnete die Plenarsitzung des Preußischen Landtags mit einer kurzen Ansprache, in der er u. a. ausführte:

Am 18. Januar 1871, vor nunmehr 62 Jahren, wurde im Spiegelsaal zu Versailles der erste deutsche Kaiser gekrönt und damit ein Werk vollendet, das nicht etwa nur die Gegenland einheitlichen Strebens ebenso erfolgreich wie erfahrene Politiker und Felsberen gebildet hatte, sondern hunderte hindurch entstand damit ein Reich, das Jahrhunderte hindurch die herzenshafte Sehnsucht der Deutschen.

Vielleicht wäre dieses Reich nur eine Utopie geblieben, wenn nicht das Fürstengeschlecht der Hohenzollern sich zum Träger der Idee der Deutschen aufgeworfen hätte und überwiegend Führerwollen in kriegerischer Staatskunst und mit Felsberenkunst zunächst dadurch die Vorbereidungen und die Einheit schuf, daß sie mit nie nachlassender Tatkräftigkeit wachsende Einheit zusammenharrten.

Zur Verfestigung dieser Einheit, zu der alle Deutschen blutmäßig vorher bestimmt sind, zogen wir letzten Endes 1914 in den Weltkrieg, und unter der Fahne des Bismarck-Reichs Schwarzw-rot kämpfte die tausendreihige Armee von der Welle gesiegt und siegreich hinzog.

Es war mir ein tiefempfundenes Herzensbedürfnis, um heutigen Tage auf dem Preußischen Landtag zum Gedächtnis der Millionen der besten Deutschen, die unter dieser Fahne für Deutschlands Einheit ihr Herzblut gaben, auch die Blutgasse Schwarzw-rot zu hissen.

Nur ein Volk, das verständnisvoll seine Geschichte mitlebt und das Große der Vergangenheit ehrt, wird die Freiheit, auch in schwerster Notzeit sich organisch weiter zu entwirken und die bewußt oder unbewußt in den Mägen des Volkes gärende Sehnsucht zu ihrer Verfestigung führen können. Auf den Schultern unserer Generation ruht eine unverhörlte Verantwortung. Die bisher erreichte äußere Einheit muß durch uns zu einer Einheit aller deutschen Stämme, zu einem wirklichen Großdeutschland werden, und aus der äußeren Einheit muß in Gemeinheit der alle Deutschen verbindenden Blutzugehörigkeit die innere Einheit, die wahrhaftige Volkswiedergabe der gesamten Nation heranwachsen.

Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Abgeordneten hatten sich zu Beginn der Plenarsitzung aus dem Plenarsaal entfernt; die Abgeordneten der übrigen Fraktionen hörten die Rede stehend an.

Nach der Rede lebten die Abgeordneten der SPD und der KPD in den Saal zurück. Abg. Jürgens (Soz.) forderte die sofortige Beratung eines Antrags, der sich dagegen richtete, daß Präsident Körrel auf dem Landtagssäule die schwarzw-rote Fahne gehisst hat. Von nationalsozialistischer Seite wurde gegen diesen Antrag Stellung genommen.

Der Rest der Sitzung war der Aussprache über Schulfragen und Abstimmungen gewidmet. Die Deutschen beteiligten sich nicht an der Abstimmung, um dann zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Regierung Braun keine Amtsbesognis zusprechen.

Angenommen wurden Anträge des Haupthaushaltsschusses, wonach die Wirtschaftsführung der preußischen Staatskasse durch eine Kommission geprüft und Mittel für die Aufrechterhaltung der Grenztheater in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Schlesien und im Rheinland sowie für die Wandsbühnen bereitgestellt werden sollen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, eine weitere Stellungnahme von Schatzanlagen der Zehn Rheinpreußen zu verhindern. Zur Nachprüfung der Zustände in den Fürsorgeeinrichtungen wurde ein Unterflugsausschuss eingelöst.

Schließlich setzte der Landtag noch einen fünfzehnköpfigen Unterflugsausschuss ein, der u. a. die Zahl der Anstellungen seit 1925 und der in diesem Zusammenhang entlassenen Arbeiter und Angestellten feststellen soll.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, eine weitere Stellungnahme von Schatzanlagen der Zehn Rheinpreußen zu verhindern. Zur Nachprüfung der Zustände in den Fürsorgeeinrichtungen wurde ein Unterflugsausschuss eingelöst.

Schließlich setzte der Landtag noch einen fünfzehnköpfigen Unterflugsausschuss ein, der u. a. die Zahl der Anstellungen seit 1925 und der in diesem Zusammenhang entlassenen Arbeiter und Angestellten feststellen soll.

Der Rest der Sitzung war der Aussprache über Schulfragen und Abstimmungen gewidmet. Die Deutschen beteiligten sich nicht an der Abstimmung, um dann zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Regierung Braun keine Amtsbesognis zusprechen.

Karl wird seinen Dienst als Adjutant des Generals Unger angetreten, sein Freunde steht gleichfalls im Leutnantenamt. Er ist abgefeiert, aber dann zieht er ihn nur an, wenn er muß.

Karl wird als Adjutant den hohen Militärs vorgestellt. Es behagt ihm aber nicht in seiner neuen Stellung. Natürlich erscheint ihm alles. Er hat an seiner Karriere keine Freude.

Am Tage vor dem großen Fußballkampf kommt der Gärtnert Santos zu Karl. Er ist schwer bedrückt.

„Übermorgen soll Angelica ins Kloster!“ sagt er. „Sie schenkt mir die Herrin gesprochen.“

„Nein, noch nicht! Aber ich werde es bestimmt zu Santos!“

„Oh, Herr, der liebe Gott wird es Ihnen lohnen!“

„Aber einen müßt Sie mir verraten, Santos... welche Geheimnis umgibt Angelica?“

Der alte Gärtnert bläst zu Boden.

„Vertrauen Sie mir, Santos. Ich muß es erfahren!“

„Angelicas Mutter!“ Wissen Sie es?“

„Ja... aber... ich... ich wage es nicht zu sagen!“

„Haben Sie Mut, Santos! Es geht um Angelica!“

„Da kommt es schwer und stockend von den Lippen des Alten: „Donna... Collenhouse!“

„Santos!“ ruft Karl erregt.

„Und... Sie wollte... nein, das kann nicht sein!“

„Mutter will ihr Kind ihrer eigenen Schuld wegen büssen lassen!“

„So ist es, Herr! Darum drückt's mir das Herz ab. Noch ist Donna Collenhouse Angelicas Mutter!“

(Fortschuna folgt.)

Spangenberg, den 19. Januar 1938

Streut den Vögeln Futter.

ist die Tiere des Waldes und für die Vögel, die im Winter nicht nach dem Süden ziehen, ist jetzt, nachdem Schnee gefallen ist und strengste Kälte eingesetzt hat, die schwere Zeit gekommen, in der sie bittere Not leiden müssen, wenn die Menschen sich ihrer nicht annehmen. Der Vögel der Natur bietet nicht mehr genügend Nahrung für sie, und viele von ihnen müssen ohne Hilfe elend an Hunger zugrunde gehen. Für das Wild wird im allgemeinen geholfen, nur an die Vögel denkt man immer noch zu wenig. Es wird ihnen gewis auch Futter gestreut, aber der Rostgänger kennt auch viele, die vor Jahren jemals einen Sperrling so leicht mit Apfelleipen saß, der wird es gar nicht mehr glauben wollen, daß ein Spatzenmann klein ist. Aber es handelt sich ja nicht nur um die Sperlinge, nein, alle unter den kleinen gefiederten Freunden, deren Gefang und munteres Treiben uns stets entzückt hat, sind in Not, und für sie alle gilt es zu sorgen.

Wenn man kein Futterhäuschen im Garten besitzt, so läßt sich schon auf einer gesuchten Stelle ein vor Nässe und Schnee sicheres Plätzchen herrichten, wo man Futter streuen kann. Am besten sind östliche Sämereien; Semmel und Brost gefielen. Weisen knabbern gern an aufgehängten Speckwarten und lieben Sämereien, die man mit häufig gebacktem Talg übergoßen hat.

Vor allem sollte man regelmäßig füttern, damit die Vögel wissen, wo ihnen der Tisch gedeckt wird. Sie gewöhnen sich bald an die Futterplatte und werden auch, falls Gelegenheit dazu vorhanden ist, später oft in ihrer Nähe sitzen und uns im Frühjahr und Sommer als Dank für das gelegene Futter nicht nur durch ihren Gesang erfreuen, sondern auch durch Verkündung zahlloser untern Bäumen und Pflanzen Futter!

Jahreshauptversammlung des Tu. „Froher Mut“. In der Jahreshauptversammlung des Turnvereins „Froher Mut“ wurde Rechenschaft über die Arbeit im vergangenen Jahr abgelegt. Aus den verschiedenen Berichten ging hervor, daß die Aktivität der Turner recht erfreulich war. Bei den verschiedenen Veranstaltungen sind anerkennenswerte Erfolge erzielt worden; es darf wohl hierbei besonders auf das Kreisturnfest in Kassel hingewiesen werden. Ganz erfreuliches brachte der Verein über die Anabendeteilung, in der teilweise eine stattliche Rente von über 40 Jungs täglich turnte. Auch die Turnrinnen haben ihr rechtes Interesse an der Turnfläche bewiesen. Der Vorsitzende nahm diese Berichte mit dem Dank an die Fachwarte und alle Turner entgegen. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß auch der Verein im kommenden Jahre seine Pflicht erfüllen und damit an dem Aufbau unseres Vaterlands mitarbeiten. Im Anschluß hieran wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Der Vorsitzende Ch. Gutzroth, der infolge beobachteter Umstände das Amt nicht mehr begleiten kann, hatte gewünscht, von der Wiederwahl Abstand zu nehmen. Obwohl dies von den Mitgliedern sehr bedauert wurde, mußten sie sich entschließen, dem Wunsche des ersten Vorsitzenden zu entsprechen. Bei der Wahl wurde sodann August Siebert zum ersten Vorsitzenden, Georg Siebert zum 2. Vorsitzenden gewählt. Der sechzige 1. Vorsitzende trat dem Vorstand als Beisitzer bei. — Von den Berichten ist noch hervorgehoben, daß der Verein hier im Februar des J. eine Werbeveranstaltung vorbereitet, daß aufgrundem im Sommer des J. das 70jährige Bestehen in schlichter Weise begangen werden soll.

X Ebersdorf. Die gestrige Gemeinderatssitzung hatte sich insbesondere mit der Finanzlage der Gemeinde zu beschäftigen. Zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten mußten sich die Gemeindevertreter entschließen, auf die Bürgersteuer zurückzugeben, deren Erhebung in den vergangenen Jahren auf die finanzielle Lage nicht stattzufinden brauchte. Inzwischen haben sich aber die Bedingungen so gestaltet, daß ein weiterer Beizieht auf die Bürgersteuer unmöglich erscheint. Als diesem Grunde entgegengesetzt die Gemeindevertretung mit 6 Stimmen bei 4 Stimmenabstimmung, daß die Bürgersteuer für das Jahr 1933 mit 500% erhoben werden soll. Ein besonders wichtiger Punkt lag der Versammlung in der Angelegenheit des Ausländerunterstützung Kirche und Schule vor. Von Regelungseinstellung auf Grund früherer Verhandlungen, zu einem Ergebnis führen konnten, ein Vertrag vorgelegt, wonach die Gemeinde über die Bestätigungnahme der Schule für 3600 Zahlen soll und zwar vertragt, daß die Zahlung dieser Summe erst nach 10 Jahren in mindestens 10 Jahresraten erfolgt. Für die Stundung des Vertrages für die ersten 10 Jahre sollen 5% Jahreszinsen erhoben werden. Außerdem sollen der Kirche noch 15 Ar Ackerland und 14 ar Wiese zufallen. Aber diese Angelegenheit will die Gemeindevertretung nochmals mit dem Reichsverwaltungsgericht aufnehmen. Zum Schlusse genehmigte die Versammlung einen Antrag des Arbeiters Teils auf Ermäßigung des Begegnungsgeldes von 7,90 M. auf 3,50.

Aus Stadt und Land

36 000 Mark im Automobilklub veruntreut! Die regelmäßige Auftritt der Geschäftsführung des Automobilclubs von Deutschland durchgesetzten Bürgerrevennen haben vor einigen Tagen zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten gebracht, bei denen sofort eingeleitete Nachprüfung sich nun mehr herausgestellt hat, daß der von dem Buchhalter Eberhard Müller veruntreute Betrag 36 000 Mark beträgt.

Kommunist Sarow unter Mordverdacht verhaftet. Der unmöglich bereits zum dritten Male festgenommene kommunistische Arbeiter Karl Sarow, der unter dem Verdacht stand, den Hitlerjungen Wagnitz in der Silvesternacht ermordet zu haben, wurde dem Vernehmungsrichter vorgeführt, der wegen Mordverdachts gegen Sarow Haftbefehl erließ.

9000 Ampullen Morphin beschlagnahmt. Das Berliner

Polizeipräsidium hat die Befreiung des Rauschmittelbandels batte Unbekannten ein höherer Posten Morphin angeboten wurde. Die Beamten stellten Ermittlungen nach dem Händler an, und es gelang ihnen, nach längeren Beobachtungen den Mann in einem Café am Zoo aufzupüren und sich an seine Türen zu holen. Dadurch glückte es, bei einem Spediteur eine Kiste mit genau 9160 Ampullen Morphin zu finden, die für 3000 Mark verkaucht werden sollten. Er festgestellt wurde, stammten die Ampullen noch aus Herstellerstandort aus dem Jahre 1918. Der Spediteur gibt an, daß die Kiste vor etwa zehn Jahren von einem Unbekannten untergestellt worden sei. Vor zwei Jahren habe ihn der Kaufmann, der jetzt die Ampullen an den Mann bringen wollte, aufmerksam gemacht, daß Kinder im Hause mit Morphinampullen spielten. Darauf aufmerksam gemacht, habe er die Kiste untersucht und dann festgestellt, daß sie Morphinampullen enthielt.

Siebzehn Scheunen durch Großfeuer verunstaltet. In Jacobshagen, Kreis Saatzig, entstand in einer Scheune ein Brand, der sich mit großer Schnelligkeit auf die angrenzenden Scheunen ausbreite. Trotzdem sich mehrere Bewohner aus der Umgebung an der Eindämmung des Feuers beteiligten, sind doch insgesamt siebzehn Scheunen, die mit Futtervorräten und landwirtschaftlichen Maschinen angefüllt waren, bis auf die Grundmauern zerstört worden. Als Entstehungsursache dieser gewaltigen Feuersbrunst wird Brandstiftung vermutet.

Begehung des Fürsten Hahfeld. Fürst von Hahfeld, Herzog zu Braunschweig, wurde in der Fürstengrund der katholischen Stadtpräfektur von Braunschweig begegnet. Als Vertreter der Reichsregierung waren Ministerialdirigent Richard Meyer und Regierungsrat von Biers erschienen. Hierüber nahmen die beiden Oberpräsidenten von Ober- und Niedersachsen, der Breslauer Regierungspräsident, der Kommandeur der 2. Kavalleriedivision, der Landeshauptmann von Niedersachsen, der Breslauer Oberbürgermeister sowie viele Vereine an der Trauerei teil. Kardinalerzbischof Bertram feierte ein Requiem. Als der Sarg in die Gruft gesetzt wurde, erliefte als letzter Abschiedsgruß das Jäger-Signal „Dagd vorbei.“

Weißtlinger stürzt sich aus dem Hotelfenster. Der frühere Meistersinger und Europameister August Brügel-Breslau, der sich in den letzten Jahren hauptsächlich als Veranstalter von Berufskämpfen betätigte, stürzte sich in Stuttgart, wo er aus Anlaß der Ringkämpfe in der Stadthalle wohnte, aus dem Fenster seines Hotelzimmers, das im dritten Stock gelegen war. Er erlitt schwere Verletzungen, an denen er wenige Stunden darauf in einem Krankenhaus starb.

Großfeuer in Steudnitz. In der Vereinigten Dachpappenfabrik AG. in Steudnitz, die am Wege zum Flugplatz liegt, brach morgens ein Großfeuer aus. Die Brandbekämpfung stieß auf erhebliche Schwierigkeiten, weil nicht genügend Wasser zur Verfügung stand. Der Gesamtbrandschaden ist sehr groß. Vermichtet ist das Rohpappengerüst. Auch die Produktionsräume haben durch Feuer und Wasser erheblich gelitten.

Einbrecher erbeuten 27 000 Mark im Postamt. Nachts drangen Einbrecher in ein Postamt in Borgfelde ein und erbrachten den Geldschrank. Es fielen ihnen Postwertzeichen im Betrage von 27 000 Mark in die Hände.

Schlägerei in Löbau. — Neun Verletzte. Bei einer sozialdemokratischen Versammlung in Löbau kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den im Saal anwesenden Angehörigen der Linkspartei und den Nationalsozialisten, die schließlich in eine heftige Schlägerei ausarteten. Tische, Stühle und Biergläser dienten als Wurfschäfte. Die Einrichtung des Saales wurde zu einem großen Teile zerstört. Soweit bisher feststeht, wurden ein Polizeibeamter und acht Versammlungsteilnehmer verletzt.

Der städtische Baudirektor Schäfer in Holland? Der frühere Düsseldorfer Baudirektor Schäfer soll neuerdings in der Provinz Limburg u. a. in Baals und Venlo aufgetaucht sein. Schäfer soll sich seinen Schnurrbart haben abnehmen lassen. Außerdem soll er eine Hornbrille an Stelle einer goldumrandeten Brille tragen. In Baals will man ihn in Begleitung einer Dame gesehen haben. Man vermutet, daß Schäfer sich in den Schnüfflerorten an der Limburger deutschen Grenze aufhält.

Zwei Hinrichtungen in Polen. Das Posener Standgericht verurteilte die Mörder des Bräutels des Posener Lehrerinnenseminars zum Tode durch den Strang. Während der eine Verbrecher geständigt war, leugnete der andere bis zum letzten Augenblick. Der Staatspräsident hat das Gnadengebot abgelehnt. Das Urteil wurde danach im Posener Gerichtsgefängnis sofort durch den Warschauer Henker vollstreckt.

Drei Tote bei einem Zugzusammenstoß in Spanien. Der Schnellzug Madrid-Barcelona stieß bei der Durchfahrt auf der Station Cetina infolge falscher Weisungstellung mit einem Güterzug zusammen. Dabei wurden drei Personen getötet und zahlreiche zum Teil schwer verletzt. Gerüchteweise verlautet, daß es sich wieder um einen Sabotageakt handelt.

Deutsche Filiale in Tokio zerstört. Um die Zeit, als das ausländische Personal der Filiale der Singer Nähmaschinenfabrik in Tokio sich zum Mittagessen begeben hatte, drangen etwa 200 Japaner in die Geschäftsräume ein, wo sie fast das ganze Mobiliar und wichtige Register zerstörten. Die Polizei, die den Schaden nicht mehr verhindern konnte, nahm über 100 Verhaftungen vor. Der Überfall wird auf die Unzufriedenheit der einheimischen Agenten der Gesellschaft mit ihren Vertragsbedingungen zurückgeführt.

Geldbriefträger bleibt

Ausrüstung mit Schußwaffen und Stellung eines Begleitmannes zulässig.

Berlin, 19. Januar.

Wie von der Hauptverwaltung der Reichspost mitgeteilt wird, haben sämtliche 45 Oberpostdirektionen, die vor einigen Wochen vom Reichspostministerium angeordnete Reformen der Geldzufüllung durch die Geldbriefträger, die die Abholung durch die Geldbriefträger selbst vorstelten, nach eingehenden Besprechungen mit Wirtschaftsvertretern sowie mit Vertretern der Beamtenorganisationen abgelehnt und sind für die Beibehaltung der Geldzufüllung durch die Geldbriefträger eingetreten.

Voraussichtlich wird das Reichspostministerium den Oberpostdirektionen anheften, die Geldbriefträger, die zum Teil schon mit Gummituppen, Schlagringen und Alarmspitzen ausgerüstet sind, in gefährdeten Gegenden mit richtigen Schußwaffen zu verleihen. Darüber hinaus soll den Oberpostdirektionen gestattet werden, den Geldbriefträger, die in unsicheren Gegenden oder in mehreren hintereinander liegenden dunklen Hößen ihre Bestellgänge auszuführen haben, noch einen zweiten Mann als Bewaffnung mitzugeben.

Selbstmord verursacht Explosions

Berlin, 19. Januar.

Im Hause Hohenholzerring 118 in Spandau, einem dreistöckigen Gebäude, erfolgte nachts um 1.30 Uhr in der Wohnung des Dozenten Dr. Werner Schulte eine Gasexplosion, durch die die etwa 15 Zentimeter starke Wand, die die Küche des Wohnungsinhabers von den Badezimmern des Nachbarn trennt, völlig eingedrückt wurde. Der 35jährige Dozent wurde schwer verletzt aufgefunden und starb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus. Wie einwandfrei festgestellt wurde, hat Dr. Schulte im Selbstmordversuch die Gasbähne geöffnet.

Durch die Explosion wurden auch Fensterkreuze aus der im dritten Stock gelegenen Wohnung auf die Straße geschleudert. Die Feuerwehr mußte durch die eingebrochene Wand in die Wohnung eindringen, da die Eingangstür verschlossen war, und konnte nur unter eigener Gefahr den schwer verletzten Bergern; denn ein Teil der Einrichtung war bereits von den Flammen ergriffen worden, die jedoch bald gelöscht werden konnten.

Dr. Schulte war Leiter des Psychologischen Instituts der Hochschule für Lebensübungen. Er war einer der Pioniere und Methodiker der Psychotechnik, Begründer der Sportpsychologie und Vorkämpfer der Zusammenarbeit von Psychologie und Medizin, besonders auf sozialhygienischem Gebiet. Seine Forschungen wurden von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft stark unterstützt. Er ist nicht nur der Verfasser zahlreicher Bücher, Einzelarbeiten, Aufsätze und Vorträge, sondern auch Mitarbeiter an einer Reihe von wissenschaftlichen Kulturschriften, besonders sportlicher Art gewesen. Seit 1926 war er Herausgeber der Zeitschrift „Psychologie und Medizin“, sowie Mitherausgeber verschiedener anderer Zeitschriften.

Die Freunde Dr. Schultes sind der Ansicht, daß hysterische Nervosität den Unglücksfall in den Tod getrieben hat. Im vergangenen Jahre hat Dr. Schulte bereits viermal versucht, seinem Leben ein Ende zu machen.

Im Dezember 1932 hat er dann mit einer jungen Verlängerin aus angesehener Familie die Ehe geschlossen. Da die Ehefrau vor etwa acht Tagen die Wohnung in Spandau verlassen hat, ist man der Auffassung, daß ethische Zwistigkeiten den letzten Anstoß zu der Tat gegeben haben.

Brand in Neudeck

Neudeck, 19. Januar.

Auf dem ostpreußischen Herrenhof des Reichspräsidenten von Hindenburg, Schloß Neudeck, entstand nach der Aufzettung der eingebrochenen Heizungsrohre ein Brand. Als die ersten Schwellen entdeckt wurden, griffen der Oberinspektor und der Zimmermann ein und erstickten das Feuer. Bald machte sich aber auch an anderen Stellen Brandgeruch bemerkbar, so daß die Freyländer Feuerwehr alarmiert wurde. Zunächst verfügte man mit Hilfe von Handfeuerlöschen des Feuer- Hertz zu werden.

Bald aber brachen nach starker Rauchentwicklung, die die Arbeit mit Rauchmasken notwendig machte, offene Flammen durch, so daß die Freyländer Feuerwehr mit einer Motortröhre zur Hilfe kommen mußte. Nur der den der Freyländer Feuerwehr zur Verfügung stehenden großen Schlauchmengen ist es zu danken, daß das Feuer bald gelöscht werden konnte, da das Wasser aus einem Graben hinter dem Park genommen werden mußte.

Unterredung Hitler-Hugenberg

Berlin, 18. Januar.

Adolf Hitler traf von Weimar kommend im Kraftwagen in Berlin ein. Kurze Zeit nach seiner Ankunft hatte Hitler eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg. Die Befreiung dauerte längere Zeit. Über ihren Inhalt wurde von beiden Seiten Vertraulichkeit vereinbart.

Erweiterter Vollstreckungsschutz

Berlin, 18. Januar.

Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister der Justiz Dr. Görtner zum Vortrag über die vom Reichsjustizkabinett beschlossenen Maßnahmen auf dem Gebiete des Vollstreckungsschutzes. Die neue Verordnung wird noch am heutigen Mittwoch veröffentlicht werden.

Ein Berliner Blatt will bereits Einzelheiten über die neuen Maßnahmen mitteilen können. Wie das Blatt wissen will, hat das Reichsjustizkabinett einen Vollstreckungsschutz für die aus dem Sicherungsverfahren des Osthafteiges als nicht mehr janierungsfähig ausscheidenden landwirtschaftlichen Betriebe abgelehnt. Mit der neuen Verordnung werde die Bahn für eine großzügige Drangriffnahme des Sicherungswerkes im Osten frei.

Eine Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das ganze Reich werde lediglich für den Schutz der Vollstreckung bei Gegenständen des beweglichen Vermögens, also des lebenden und toten landwirtschaftlichen Inventars, in Frage kommen. Man sei nicht sofort gegangen, das gesamte Vermögen unter diesen bedingungslosen Vollstreckungsschutz zu stellen.

Präsident von Oppen tritt zurück

Übertritt zur NSDAP. — Eröffnung der 47. Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer.

Berlin, 18. Januar.

Nach Eröffnung der 47. Hauptversammlung der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer teilte der Präsident der Kammer, Rittergutsbesitzer von Oppen-Dannenwalde, mit, daß er seinen Eintritt in die NSDAP vollzogen habe und daß dann folgende Erklärung ab:

Mein Eintritt in die Nationalsozialistische Partei hat die Grundlage meiner Wahl zum Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer verändert. Es sind Gerüchte verbreitet, mein Beitritt zur NSDAP sei aus Gründen des Ehegeiges erfolgt. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, werde ich in dieser Versammlung nach Erledigung der Rechnungslegung mein Amt als Vorsitzender der Landwirtschaftskammer in die Hände der Hauptversammlung zurücklegen.

Die Kammer nahm dann eine Entschließung an, in der gesagt wird, daß sich die Brandenburgische Landwirtschaftskammer die von den landwirtschaftlichen Spartenorganisationen zur Rettung der deutschen Landwirtschaft erhobenen Forderungen zu eigen mache.

Shrup über den Arbeitsdienst

Bericht an den Sozialpolitischen Ausschuss. — 1,4 Millionen Arbeitslose unter 25 Jahren.

Berlin, 18. Januar.

Reichsarbeitsminister Dr. Syrup erstattete im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages einen längeren Bericht über die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeitsdienstes. Die Bedeutung des Arbeitsdienstes ergebe sich daraus, so führt der Minister aus, daß Deutschland rund eine Million männliche und 400 000 weibliche Erwerbslose unter 25 Jahren aufweise.

Es handele sich also nicht um Einzelschikane, sondern um das Schicksal ganzer Altersklassen, und zwar treffe dieses Schicksal nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Abiturienten, die ratlos vor der Berufswahl ständen, und die Jungakademiker, sowie die zweiten und dritten Bauernjähne. Aus diesem Grunde sei erstmals im Juli 1931 der freiwillige Arbeitsdienst eingeführt worden. Im Oktober 1931 habe man rund 300 Arbeitsdienstwillige geholt, am 1. Januar v. J. 7000, im Frühjahr 27 000, im Sommer 74 000. Dann habe der Arbeitsdienst durch die Verordnung vom 16. Juli 1932 neuen Impuls erhalten, so daß die Zahl der Arbeitsdienstwilligen am 1. September auf 144 000 gestiegen sei.

Die Höchstzahl bei 280 000 gewesen, jetzt sei sie etwas gesunken, habe aber am 1. Januar immerhin noch rund eine Viertelmillion.

In der Aussprache legten sich die Redner der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen für die Arbeitsdienstpflicht ein. Die Redner der Bayerischen Volkspartei und des Zentrums empfahlen statt dessen den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes, zumal der Andrang so groß sei, daß man nicht alle freiwilligen einstellen könne.

In der Abstimmung wurde ein nationalsozialistischer Antrag, der freiwilligen Arbeitsdienst zur allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht auszubauen, gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Aus dem Gerichtssaal

Revision im Hummel-Prozeß. Staatsanwaltschaft und Verteidigung haben gegen das Urteil im Hummel-Prozeß, in dem der Schneider Hummel wegen seiner Daubmann-Schwindelteien zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Klepper will zurücktreten

Berlin, 18. Januar.

Der preußische Finanzminister Klepper hat, wie von unerklärlicher Seite mitgeteilt wird, schon seit längerer Zeit den Wunsch, aus seinem Amt als Finanzminister entlassen zu werden, weil er die Absicht habe, eine Position in der Privatwirtschaft zu übernehmen.

Thérons Sanierungsvorlage

Paris, 18. Januar.

Der vom französischen Kabinett verabschiedete Sanierungsplan ist nunmehr vom Finanzminister Théron in der

Kammer eingedragt worden. Das Sanierungsprogramm sieht Einsparungen in Höhe von 5326 Millionen und Steuerangleihungen in Höhe von 5473 Millionen Francs vor. Unter den Einsparungen steht u. a. die Stärkung der Pensionen wiederherbeiführer Kriegsverwundeten und die Heraufsetzung des Pensionsalters ehemaliger Frontkämpfer um fünf Jahre. Als provisorische Maßnahme für 1933 sollen die Beamtengehälter von über 12 000 Francs gefürzt werden. 638 Millionen sollen am Militärbudget eingespart werden.

Im Jahre 1933 sollen außerdem alle Steuerpflichtigen fünf Prozent über den Betrag bezahlen, den sie bisher entrichteten.

Um die 40-Stunden-Woche

Entschließung der Arbeitszeitkonferenz.

Genf, 18. Januar.

Die Aussprache über die Frage der 40-Stündigen Arbeitswoche ist beendet. Es wurde sodann der Text einer Entschließung verabtgegeben, die jede Festlegung im einzelnen vermeidet. Die Entschließung stellt dann fest, daß die Arbeitszeitverkürzung einer der Mittel sei, die zur Veränderung der Arbeitslosigkeit geeignet seien. Das Ziel der Einzelberatungen sei, eine internationale Abmachung zu finden, deren Durchführung so zu gestalten sei, daß die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ermöglicht werde.

Handelsteil

Berlin, den 18. Januar 1933.

Teilerholungen

Nach den leichten Abschwächungen war die Börse etwas beruhiger. Ganz vereinzelt fanden sich bereits Teilerholungen durchsehen. Die Umsätze waren wesentlich geringer als an den vorangegangenen Tagen. Eine vorbördisch im Zusammenhang mit der Zuspiitung des innerpolitischen Konflikts erwartete weitere Abschwächung wurde durch die fräftige Steigerung der Gelsenkirchener Bergwerksaktien um 3½ Prozent gedämpft. Nach wie vor erfolgen in dem Papier Aufläufe, ohne daß man die wahren Auftraggeber kennt. Zeitweilig vermutete man den Farbenlongen als Aufkäufer, doch erklärt die S. G. Farben-Industrie nunmehr, daß weder bei der Gesellschaft noch bei der Rheinstahl-U.G. die Absicht besteht, das im Reichsbesitz befindliche Gelsenkirchener-Patent zu erwerben noch ein Angebot hierauf gemacht worden ist. Farben fanden den Parikurs behaupten. Für Gaswerte zeigte sich einige Nachfrage. Montanwerte brachten zunächst weiter ab, erholten sich aber später wieder. Am Rentenmarkt waren Neubauscheine 15 Pfennig höher. Alltagszeit zeigten dagegen ihre Abwärtsbewegung fort.

Tagesgeld erforderte 4½ Prozent. Der Weißdostont unverändert 3½ Prozent. Im Devisenmarkt war das Pfund mit 3,35/4 etwas niedriger, die Dänencrone war mit 20,10 zu hören.

Am Produktionsmarkt waren die Mütter wieder zu Preiskonzessionen bereit. Obwohl die billigeren Provinzmehle wegen der Transporterschweren zum größten Teil von Berlin hergeholt werden, lassen sich die hier bestehenden verhältnismäßig großen Läger bisher noch nicht abbauen, da der Verbrauch zum größten Teil ausreichend versorgt zu sein scheint.

Dollar: 4,209 (Geb.), 4,217 (Brief), engl. Pfund: 14,12, hell. Gulden: 169,18 169,52, Belg. (Belgien): 14,50 14,12, ital. Lira: 21,54 21,58, dän. Krone: 70,08 70,22, norw. Krone: 72,13 72,27, franz. Franc: 16,43 16,47, tschech. Krone: 34,06 32,48, schwed. Krone: 76,67 76,83, österr. Schilling: 31,95 32,05, Polen (nichtamtlich): 47,10 47,30.

Devisenmarkt.

Mittagshörse. (Amtlich.) Getreide und Döseaten der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen 19,00 — März 17. 1. 185—187, Roggen 180—192 (151—153), Braugerste 188—175 (105—175), Futter- und Sojabutter 158—164 (158—164), Hafer 111—114 (112—115), Weizenstroh 22,75—26 (22,75—26), Roggenstroh 8,70—9 (8,70—9), Weizenkleie 8,75—9 (8,75—9), Kleiner Speiseflocken 19,50—21 (19,50—21), Futterkerne 20—23 (20—23), Weizenflocken 12,12 (12—14), Weizenflocken 13—15,50 (13—15,50), Haferflocken 12,12 (12—14), Lupinen 10,50 (10,50), Lupinenflocken 10,60 (10,60), Erdnussflockenmehl 10,00—10,70 (10,00—10,70), Erdnussflockenmehl 9 (9), Sojabohnenmehl 9,40—10,10 (9,40—10,10), Kartoffelflocken 13,80 (13,80).

Barenmarkt.

Mittagshörse. (Amtlich.) Getreide und Döseaten der 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen 19,00 — März 17. 1. 185—187, Roggen 180—192 (151—153), Braugerste 188—175 (105—175), Futter- und Sojabutter 158—164 (158—164), Hafer 111—114 (112—115), Weizenstroh 22,75—26 (22,75—26), Roggenstroh 8,70—9 (8,70—9), Weizenkleie 8,75—9 (8,75—9), Kleiner Speiseflocken 19,50—21 (19,50—21), Futterkerne 20—23 (20—23), Weizenflocken 12,12 (12—14), Lupinen 10,50 (10,50), Lupinenflocken 10,60 (10,60), Erdnussflockenmehl 10,00—10,70 (10,00—10,70), Erdnussflockenmehl 9 (9), Sojabohnenmehl 9,40—10,10 (9,40—10,10), Kartoffelflocken 13,80 (13,80).

Großhandelspreise für inländische Gemüse.

Amtlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für inländische Gemüse für 50 Kilo: Weißkohl: 2,50—3,50; Wirsingkohl: 4,50—7; Rotskohl: 2,50 bis 3,50; Röfensohl: 1. 15—17, 2. 10—12; Grünskohl: 1. 3,50—5,20; Mohrrüben: gewachse 3,25—4; Rüben: 1—6; Spätzle: 1—2; Kohlrüben: 2—3; Rote Rüben: 2,50—3,20; Spinat: 1—2; Rhabarber: 14—15; Blattkohl: 1—2; Rhabarber: 14—15; Blattspinat: 25—50; Champignons: Treibhaus 1. 90—100, 2. 70—80; Blaunde 1. 70—85 2. 50—60; Sellerie: 1. 90—100, 2. 70—80; Blaunde 1. 70—85 2. 50—60; Sellerie: 1. 6—8, 2. 4—5; Meerrettich: 20—25; Petersilienwurzeln: 4—8; Zwiebeln: 4,75—5,50, große 5—6; Schwarzwurzeln: 20—24; Rhabarber: Treibhaus 15—20; Radicchio: Treibhaus 0,70—1,20; Rheinischer Speise: 1,50—2; Petersilie: 100 Pfund 2,50—10 Mark.

Fischgroßhandelspreise.

Amtlicher Marktbericht der Städtischen Markthallen-Direktion Berlin für lebende Fische für 50 Kilo: Hechte: unbest. bis 70, Portions: 65—70; Aale: groß 125; Karpfen: Gründel: 48—50; Blöden: unbest. 15—20, groß 25—28; Bleie: unbest. 20—25; Quappen: 40 Mark.

Schlagschweinemärkte.

(Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Reichsmark.)

Breslau, 18. Januar. Ochsen (54) 1. 26—28, 2. 17—20, 3. 7 bis 12, Büffel (401) 1. 24—26, 2. 20—21, 3. 10—15, Kühe (403) 1. 23—25, 2. 17—18, 3. 11—13, 4. 8—9, Färden (500) 188) 1. 25—27, 2. 18—20, Freiheit (16) — Kalber (1020) 1. 2. 30—31, 3. 25—26, 4. 17—20, Schafe (385) 1. 29—30, 2. 22—24, 3. 16—19, Schweine (3273) 1. 2. 37, 3. 35—36, 4. 33—34 — Marktverlauf: Rinder mittel, sonst schlecht.

Leer (Ostfriesland), 18. Januar. Jäckte und Zugviehmarkt. Auftrieb: 333 Stück Großvieh, 110 Stück Kleinvieh. Preise in Reichsmark das Stück: Hörstragende und frischmellende Kühe: 1. 275—400, 2. 300—350, 3. 180—260, Rinder und niedlertragende Küder: 1. 270—325, 2. 200—250, 3. 120—220, einjährige Bullen: 1. 250—325, 2. 150—210, 3. 60—120, bis 6 Wochen alte Ferkel 5—7, 8—8 Wochen alte 7—8, Küferläuse 11—18 — Marktverlauf: Rinder langsam, Kalber langsam, Schweine sehr langsam.

Schlachtgewürze.

Pfeffer, schwarz	Pfd. 95 Pf.
Pfeffer, weiß	Pfd. 120 "
Neckenkraut	Pfd. 90 "
Kümmel	Pfd. 45 "
Ohr-en-buttens	80; 70 "
d Runde	Bund 138 "
Mitteldärme	fr 38 "
Schweinsblasen	v on 8 "
Weißkraut	Pfd. 6 "
Rötkraut	Pfd. 8 "
Grünkohl	Pfd. 10 "
Manderinen	Pfd. 25 "
Apfelsinen	3 Pfd. 50 "

Hess. Lebensmittelhaus.

Inh. Siebenhausen & Delsenroth.

Sponenberg Markt

Kreishandwerkerbund

Messungen.

Am Sonntag, den 22. Januar 1933 2 Uhr mittags findet im Kronensaal in Melsungen die Hauptjahresversammlung statt.

Referenten: Bundesvorsteher, Malerobermeister Stühler und Syndikus Dr. Hartmann, Kassel.

(Die Forderungen des Handwerks 1933.)

Es stehen sämtlicher Handwerker ist Ehrensache.

Der Vorstand.

Rotkraut,
Weißkraut,
Wirsing

Karl Bender.

Kriegerverein Spangenberg

Am Sonntag Abend, den 22. Jan. 1933 findet im Saale des "Grünen Baum" ein

Unterhaltungsabend

statt.

Vortragsfolge.

1. Mußtück,
2. Pologa,
3. Bearbeitung,
4. Mußtück,
5. Gedicht,
6. Theateraufführung,
7. Mußtück,
8. Gedichtsortrag,

Kaffetafel.

Während der Kaffetafel humoristische Vorführungen.

Aufschließend Tanz.

Die Mitglieder des Kriegervereins sowie deren Familienangehörige sind zu dem Unterhaltungsabend herzlich eingeladen. Freunde und Freunde des Kriegervereins ebenfalls von Mitgliedern eingeladen, sind uns willkommen.

Kassenöffnung 7½ Uhr. Aufgang 8 Uhr.

Der Vorstand.

Fischtran,
Bieh-Lebertran,
Hundefuchen
S. Mohr.

Chorverein

"Liedertänzer"

Donnerstag Abend

1½ 9 Uhr

Gesangsstunde

Vollzähliges Escheine unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.



Inserieren bringt Gewinn!

Spangenberger Lichtspiele

Sonntag, d. 22. Januar abends 8¹⁵ Uhr

Das große Doppelprogramm

Die Herrin und ihr Knecht

in 7 Akten

Der schwarze Zyklon

Das Wunderpferd

Wildwestfilm in 6 Akten.

4 Uhr Kindervorstellung.

Rotkraut, Weißkraut, Wirsing, Schwarzwurzeln, Blumenkohl, Apfelsinen, Citronen

H. Mehr.

Hustenbonbons

Karl Bender.

Benders Kaffee

wohlschmeckend und frisch.